

KRETSCHMANN IN BASEL

"Es lohnt sich, Kräfte zu bündeln"

Ministerpräsident bekräftigt in den Basler Kantonen die Bedeutung der Kooperation und will die Projekte voranbringen.



Grünes Spitzentreffen: Die Regierungspräsidenten der Basler Kantone Isaac Reber (links), Guy Morin und Ministerpräsident Winfried Kretschmann sind zufällig auch alle Mitglied der Grünen. Foto: dpa

SISSACH/BASEL. Gemeinsames stärken und Projekte pragmatisch forcieren: Diese Linie der Zusammenarbeit zwischen Baden-Württemberg und der Nordwestschweiz bekräftigten die Basler Regierungspräsidenten Isaac Reber (Baselland), Guy Morin (Basel-Stadt) und Winfried Kretschmann beim Besuch des Ministerpräsidenten in den zwei Kantonen auf Schloss Ebenrain in Sissach. "Die Kooperation hat hohe Priorität", betonte Kretschmann für das Land. Zwar stehe das Ergebnis der Masseneinwanderungsinitiative derzeit "quer zu allem", stelle die gute Zusammenarbeit aber dennoch nicht in Frage.

Konflikte zwischen der EU und der Schweiz wirken wie die auf nationaler Ebene – sei es der Streit um den Flugverkehr in Zürich oder der Steuerstreit – zwar zurück in die kleine Außenpolitik zwischen den Schweizer Kantonen und dem Bundesland. "Als Grenzregionen sind wir darauf angewiesen, dass sich die Nationalstaaten einigen können", betonte etwa Guy Morin. Andererseits sei die Basis stabil und funktioniere auch in konfliktbelasteten Phasen. Tatsächlich gebe es in der Region sogar viele Beispiele und lokale Infrastrukturprojekte, die national Vorbildcharakter haben könnten. Einige, wie die Internationale Bauausstellung (IBA) Basel 2020 oder das Maison Trirhena Palmrain und die Grenzgängerberatung Infobest, besichtigte Kretschmann am Nachmittag. Im Zentrum des politischen

Austausches standen zuvor vor allem drei Themen: Die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative in der Schweiz, Verkehr und Infrastruktur sowie die grenzüberschreitende Hochschul- und Forschungslandschaft.

Verkehr und Infrastruktur

Beim Stichwort Straße rückte der Nord-Süd-Verkehr auf den Autobahnen durch Basel und dessen Baselbieter Umland in den Fokus und in Folge auch die Nutzung der A 98 und der Querspange A 861 bei Rheinfelden als offensiver vermittelte Alternative. Eine "bessere regionale Verteilung" des Nord-Süd-Verkehrs ist zumindest für Basel ein Anliegen, betonte Guy Morin auf Nachfrage der Medien; indes gebe es da auch auf Schweizer Seite noch Klärungsbedarf insbesondere mit dem Aargau. Das Land lehnt das Anliegen zwar nicht rundweg ab; vielmehr signalisierte Kretschmann "Bereitschaft", das zu erörtern. Indes sehe das Land da "keine Priorität" zumal die Zollanlagen in Rheinfelden von der Kapazität nicht für ein höheres Verkehrsaufkommen ausgelegt seien und zuvor nachgerüstet werden müssten.

Bei der Infrastruktur ging's einmal mehr auch um die Elektrifizierung der Hochrheinstrecke. Das sei für Baden-Württemberg und die Schweiz "ein wichtiges Projekt", sagte Kretschmann auf Nachfrage. Doch liege die Finanzierungsverantwortung auf deutscher Seite vor allem beim Bund. Eine Lösung sei nur zu erreichen, wenn die Gesamtfinanzierung zu etwa gleichen Teilen auf die deutsche und die Schweizer Seite verteilt werde. Das Land habe im Rahmen einer Interreg-Kofinanzierung nun zwei Millionen Euro für die weitere Planung zur Verfügung gestellt, weil es das Vorhaben für "äußerst wichtig" halte. Aber Landeshaushalte seien nicht dafür ausgelegt, solche Infrastrukturprojekte mitzufinanzieren.

Masseneinwanderungsinitiative Pragmatische Lösungen mit ausreichenden Kontingenten, unbürokratischen Regelungen und die Option für die Wirtschaft, ihren Arbeitskräftebedarf auch diesseits der Grenzen weiter uneingeschränkt decken zu können: Diese Kernforderungen der Basler Kantone bekräftigten Reber und Morin hinsichtlich der Masseneinwanderungsinitiative. Da der vorliegende Entwurf der Schweizer Bundesregierung da bislang wenig Spielraum erkennen lasse, erwarte er noch "heiße politische Diskussionen", so Reber. Indes gelte es, für die Umsetzung Lösungen zu finden, die die bilateralen Verträge nicht grundsätzlich in Frage stellen, so Morin.

Auch Kretschmann reibt sich am Ergebnis der Initiative, aber "respektiert es", wie er sagt. Für das Land stünden bei der Umsetzung nun Grenzgänger und grenzüberschreitende Dienstleistungen im Fokus. "Da Grenzgänger keine Zuwanderer sind, sehen wir keinen Grund, sie wie Zuwanderer zu reglementieren. Ich würde mir großzügigere Regelungen wünschen", betonte der Ministerpräsident. Problematisch seien auch die flankierenden Maßnahmen. Diese treffen aus Sicht des Landes nämlich die Falschen: Kleine Betriebe im Grenzgebiet, für die bürokratische Hürden wie die Kautionsregelung aufgebaut werden.

Nun heiße es pragmatisch zu agieren – für die Schweiz, die dafür sorgen müsse, dass Grenzgebiete und -kantone keine Nachteile davontragen, aber auch von Seiten der EU, die der Schweiz gewisse Spielräume zugestehen sollte, findet Kretschmann. Nicht zuletzt vom designierten Präsidenten der EU-Kommission Jean-Claude Juncker erwarte er eine konstruktive Rolle, und das keineswegs nur beim Thema Personenfreizügigkeit, sondern auch bei Dossiers wie der Kooperation in Forschung und Wissenschaft.

Wissenschaft und Forschung

Schwerpunktbildung lautet ein Stichwort im Segment Wissenschaft- und Forschung, wo die drei Beteiligten große Potenziale sehen – bis zum Fernziel einer gemeinsamen grenzüberschreitenden Universität, so Morin. Vorerst indes gehe es um erste punktuelle Pilotprojekte, so Isaac Reber. "Es lohnt sich, die Kräfte zu bündeln", sagt auch Kretschmann. So sei beispielsweise an der Uni Basel eine Studie für ein übergreifendes virtuelles Kompetenzzentrum Nachhaltigkeit erarbeitet worden. Zudem gebe es Überlegungen, am Oberrhein eine europäische Großforschungseinrichtung anzusiedeln. Das Land wolle universitäre Kooperationen weiterführen und nicht zulassen, dass bestehende wissenschaftliche Netzwerke mit Schweizer Partnern geschwächt werden. Im Gegenteil: Die Programme, die die EU gegenüber der Schweiz storniert habe wie "Horizon 2020" und Erasmus, sollten weiterlaufen, findet der Ministerpräsident.